

Forschungs- und Arbeitsmarktpolitik hat zum Ziel, Dienstleistungen und Dienstleistungssysteme durch Investitionen auszubauen. Außerdem geht es darum, Dienstleistungsarbeit zu professionalisieren, ihre Produktivität zu verbessern und vor allem Dienstleistungsarbeit materiell und ideell aufzuwerten. Gute Arbeit ist Voraussetzung für gute Dienstleistungen.

Entgegen der Herkunft des Wortes Dienstleistung von Dienst oder Dienen hat diese Arbeit einen ebenso hohen Wert wie die Arbeit in der Produktion. Gute Dienstleistungen schaffen ein Gut für die Nutzerinnen und Nutzer, sei es gute Pflege, gute Bildung, eine gute kundenorientierte Beratung, eine schnelle Lieferung für ein Unternehmen oder ein pünktliches Verkehrsmittel. Gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen sind zudem vielfach öffentliche Güter. Sie müssen für alle Menschen zugänglich, bezahlbar und in guter Qualität angeboten werden. Vor allem Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsfürsorge und Daseinsvorsorge, und dazu gehört auch die Kultur, sind in den Kommunen und Ländern für gute Lebensbe-

dingungen unverzichtbar. Dies wirft die Frage nach den Kosten und damit nach den politischen Weichenstellungen auf. Hier muss in vielem umgedacht werden. Wir können uns auf Dauer nicht gegenseitig die Haare schneiden. Aber angesichts eines kriselnden Euroraums und einer von wirtschaftlichen Ungleichgewichten, instabilen Finanzmärkten, ökologischen Krisen, politischer Unsicherheit und Kriegen geprägten globalen Ökonomie ausschließlich auf den Export von Industriegütern zu setzen, ist ebenso wenig realistisch. Ebenso wichtig ist, die Nachfrage im Inland nach öffentlichen privaten Gütern und Dienstleistungen mit guten Arbeitsbedingungen anzukurbeln. Eine neue Balance zwischen der Exportindustrie und der Stärkung der öffentlichen und privaten Nachfrage im Inland öffnet den Weg für eine soziale und ökologische Entwicklung, für Wachstum, Beschäftigung und Lebensqualität gleichermaßen. Dies ist dann nicht mehr nur Zukunftshoffnung, sondern eine Gestaltungsaufgabe für die Wissenschaft, für Unternehmen, für Gewerkschaften und für die Politik. ■

Manuela Schwesig

Mutti kocht, Vati arbeitet – wie kommen wir aus der Zeitschleife?

Die Logik der permanenten Selbstaussbeutung und beruflichen Totalverausgabung steht im Widerspruch zu den Anforderungen der Familie. Es müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie kein Dauerspagat ist.

Manuela Schwesig

(* 1974) ist Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales in Mecklenburg-Vorpommern und stellv. Vorsitzende der SPD.

manuela.schwesig@spd.de



Familien brauchen Zeit: Eltern brauchen Zeit für ihre Kinder, Partner brauchen Zeit miteinander, Mütter und Väter brauchen auch einmal Zeit für sich selbst. Doch genau daran mangelt es ihnen heute offenbar. Von Forschungsinstituten befragt, äußern die meisten Eltern, dass sie sich mehr Zeit für die Bewältigung der Fami-

lienaufgaben wünschen. Der Anfang vom Abschied vom zumeist männlichen Alleinernährer erweitert die Spielräume – sowohl für Frauen als auch für Männer. Und er ist gleichzeitig eine zeitpolitische Herausforderung. Denn sowohl unsere Institutionen (Sozialversicherungen, Steuersystem etc.) als auch der Arbeitsmarkt sind noch zu großen Teilen auf die klassische »Mutti kocht-Vati arbeitet-Familie« ausgerichtet. Es ist Zeit, dass wir mit unserer Familien- und Arbeitsmarktpolitik im 21. Jahrhundert ankommen.

Viele Jahrzehnte garantierte die unbezahlte Arbeit zahlloser Frauen den reibungslosen Einsatz ihrer Männer auf dem Arbeitsmarkt. Dieses Rollenmodell ist heute brüchig, aber es ist noch nicht gänzlich überwunden. Die berühmte »Vereinbarkeit von Familie und Beruf« bedeutet für viele Frauen heute schlicht die Verdopplung von Aufgaben. Aber es gibt inzwischen auch die aktiven Väter, die sich in einem ständigen Spagat zwischen den Anforderungen der Familie und den Anforderungen eines Arbeitsmarktes befinden, der »den ganzen Mann« und »die ganze Frau« fordert.

Im Jahr 1998 ist die erste rot-grüne Koalition mit dem Ziel angetreten, die deutsche Gesellschaft zu modernisieren und den Muff der Kohl-Ära zu vertreiben. Wir haben damals viele Projekte auf den Weg gebracht, dazu gehören Kitausbau, Ganztagschulprogramm, eingetragene Lebenspartnerschaft und der Entwurf für Elterngeld inklusive Partnermonate. Es ist viel in Bewegung geraten, doch sind wir leider irgendwo auf dem halben Wege stecken geblieben. Nun gilt es, den Modernisierungsprozess zu vollenden.

Manche mögen sagen: Knapp über 70 % der Frauen sind auf dem Arbeitsmarkt – wo ist das Problem? Doch diese vergleichsweise hohe Zahl täuscht darüber hinweg, dass sich in den vergangenen Jahren an der Erwerbsbeteiligung der Frauen nicht substantiell viel zum Positiven gewandelt hat.

Zwar hat sich die Zahl der erwerbstätigen Frauen erhöht, doch die Gesamtstundenzahl ist gleich geblieben. Die Frauen haben das Arbeitsvolumen einfach anders unter sich verteilt. Der Anteil der Frauen in Vollbeschäftigung ist gesunken, gestiegen ist hingegen der Anteil der sogenannten »kleinen Teilzeit« (weniger als 15 Stunden pro Woche). Unser Arbeitsmarkt spaltet sich immer stärker in (meist männliche) Megajobs und (meist weibliche) Minijobs – mit allen Konsequenzen für schlechtere Bezahlung bis hin zu einem hohen Risiko der Altersarmut für Frauen. Der Hauptfamilienernährer hält sich in Deutschland ebenso hartnäckig wie die komplementäre Zuverdienerin. Und das, obwohl viele Paare sich bei der Familiengründung ein ganz anderes Lebensmodell vornehmen, nämlich ein partnerschaftliches auf Augenhöhe. Doch unsere Gesetze und unser Arbeitsmarkt belohnen die klassische Rollenverteilung und bestrafen alles, was davon abweicht.

Eine Arbeitswelt mit Hürden

Welche Mechanismen wirken auf dem Arbeitsmarkt, die der Partnerschaftlichkeit von Frauen und Männern so stark im Wege stehen? Die Logik der permanenten Selbstoptimierung, der beruflichen Totalverausgabung, des »Immer-im-Dienst-seins« und des »Höher, Schneller, Weiter« steht im Widerspruch zu den Anforderungen der Familie. In diesem System gerät jeder Mensch unweigerlich auf das Abstellgleis, der Kinder oder pflegebedürftige Angehörige versorgt.

Hinzu kommt der wachsende Bereich der prekären Beschäftigung, der die Situation für viele noch schwieriger macht. Jobunsicherheit, befristete Arbeitsverhältnisse, mangelnde Zeitsouveränität und schlechte Bezahlungen verhindern die Familiengründung oder machen das Familienleben zur ständigen Zerreißprobe. Ich bin über-

zeugt, dass diese Inkompatibilität von Arbeitsmarkt und Familienleben Deutschlands Achillesferse ist. Sie schwächt das »Solidarsystem Familie« und sie schwächt auf Dauer auch die Volkswirtschaft. Denn die Unternehmen sind auf gute Fachkräfte angewiesen – Familienfreundlichkeit entpuppt sich seit geraumer Zeit zu einem harten Standortfaktor im internationalen Wettkampf um die besten Köpfe.

Unsere Arbeitswelt entspricht weder unseren Möglichkeiten noch unseren Bedürfnissen. Immer mehr Männer wollen sich nicht auf den »Alleinernährer« reduzieren lassen. Sie wollen ihre Kinder mit erziehen und nicht nur abends nach getaner Arbeit den Gutenacht-Kuss geben. Immer mehr Mütter haben es satt, sich in der Firma auf den »Mommytrack« setzen zu lassen. Sie haben eine fortschrittlichere Politik als die rückwärts gewandte schwarz-gelbe der Bundesregierung und einen fortschrittlicheren Arbeitsmarkt verdient. Die gesamte Gesellschaft würde davon profitieren: Eine bessere Verteilung von Arbeit würde die Burnout-Raten senken, mehr existenzsichernde Arbeitsverhältnisse schaffen, die Kranken- und Rentenkassen entlasten, unser Sozialsystem stabilisieren und zu guter Letzt die demografische Frage entschärfen. Was ist also zu tun? Ich möchte einige sozialdemokratische Vorschläge skizzieren.

Bessere Vereinbarkeit durch flächendeckend gute Ganztagskitas und -schulen

Zuallererst: Es bleibt eine zentrale Aufgabe, den Ausbau von Ganztagskitas und -schulen voranzutreiben. Kindertagesstätten sind derzeit noch vielerorts ab dem frühen Nachmittag und mehrmals jährlich für einige Wochen ganz geschlossen. Wir brauchen in ganz Deutschland Kitas und Ganztagschulen mit Öffnungszeiten, die Eltern und pädagogischen Fachkräften

Vollzeitarbeit ermöglichen – und besondere Angebote zu Randzeiten auch für notwendige Schichtarbeit von Eltern. Die SPD wird deshalb nach der Bundestagswahl 2013 in Regierungsverantwortung für einen flächendeckenden Ausbau von Ganztagskitas- und -schulen sorgen und bis 2020 einen Rechtsanspruch einführen.

Doch der Ausbau der Betreuung ist nur die eine Seite der Medaille. Es ist eine Aufgabe der Politik, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Vereinbarkeit kein Dauerspagnet ist. Dafür müssen wir die Arbeitswelt neu organisieren. Der Arbeitsmarkt muss familienfreundlicher werden und nicht die Familien immer arbeitsmarktfreundlicher.

Eine neue Zeitpolitik für eine familienfreundliche Arbeitswelt

Notwendig ist eine neue Arbeitskultur, bei der nicht Anwesenheit und Erreichbarkeit, sondern Ergebnisse zählen. Flexible Arbeitszeiten, mobile Arbeitsformen und Telearbeit müssen stärker genutzt werden können. Und: Wir wollen, dass Karrierewege flexibler werden und Karrieren in unterschiedlichen Geschwindigkeiten verlaufen können. Weg mit dem ungeschriebenen Gesetz, dass es nach 45 zu spät für eine Karriere ist. Menschen müssen in ihrer Rushhour des Lebens beruflich auch mal kürzer treten können, ohne den Anschluss zu verpassen. Ein- und Aufstiegschancen nach der Familienphase müssen zur Selbstverständlichkeit werden. Wir brauchen neue Arbeitszeitmodelle, die dem Lebensverlauf folgen.

- Der Rechtsanspruch auf Arbeitszeitreduzierung muss konkretisiert und gestärkt werden. Wir müssen den bestehenden Anspruch auf Reduzierung der Arbeitszeit um ein Rückkehrrecht in Vollzeit ergänzen. Teilzeitarbeit darf nicht zur biografischen Sackgasse werden. Jobs auf unterschiedlichen Hierarchieebenen müssen

flexibel mit verschiedenen Wochenstunden geleistet werden können.

- Wir brauchen eine familiengerechte Flexibilisierung auch bei den Öffnungszeiten im Handel und bei Dienstleistungen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird zur Farce, wenn Schichtdienste sechs Tage in der Woche bis in den späten Abend hinein gehen und zunehmend auch der Sonntag zum Arbeitstag wird.

- Wir wollen das Elterngeld so weiterentwickeln, dass Mütter und Väter statt sieben 14 Monate Elterngeld bekommen, wenn sie gemeinsam Teilzeit arbeiten. Und wir brauchen einen besseren Kündigungsschutz für werdende Väter. Wir wollen die gesetzlichen Grundlagen dafür schaffen, dass auch werdende Väter bereits mit Bekanntgabe einer Schwangerschaft und ihrer Elternzeitabsicht Kündigungsschutz erhalten.

- Wir brauchen Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Beruf, Pflege und

Sorgearbeit. Die zehntägige Auszeit für Angehörige muss mit einer Lohnersatzleistung gekoppelt werden. Den bis zu sechsmonatigen Freistellungsanspruch für länger andauernde Pflegesituationen wollen wir zu einem flexibel handhabbaren Zeitbudget mit Lohnersatz weiter entwickeln.

- Wir wollen für Eltern eine Familienarbeitszeit entwickeln. Eltern sollen zeitlich begrenzt ihre Arbeitszeit partnerschaftlich auf 30 Wochenstunden reduzieren können. Dabei soll bis zu einer Einkommensgrenze ein Teil des damit verbundenen Einkommensverlustes durch eine Förderung aufgefangen werden.

Ich bin mir sicher, dass diese Vorschläge uns ein ganzes Stück weiterbringen auf dem Weg ins 21. Jahrhundert. Und ich hoffe auf diesem Weg auf den Rückenwind der vielen Frauen und Männer, die sagen: Wir haben genug davon, in alte Rollen-schablonen gepresst zu werden. ■

Dennis Eversberg

Die verlorene Zukunft der jüngeren Generation

Der »Zugriff auf die eigene Zukunft« ist der jüngeren Generation aus den unterschiedlichsten Gründen heute nur noch selten gegeben. Wie stellen sich aber diese Destabilisierungen im Einzelnen dar, was machen sie mit den Betroffenen und wie könnten mögliche Lösungskonzepte aussehen?

Vieles hat sich geändert auf dem Arbeitsmarkt – und das nicht erst durch die Hartz-Reformen. Für die junge Generation sind die Bedingungen mittlerweile so uneinheitlich wie noch nie: Zwischen Management- und gering entlohnten Dienstleistungsjobs, projektförmiger Kreativarbeit und »Verwahrung« in Trainingsmaßnahmen scheint es kaum Verbindendes zu geben. Und doch lassen sich all diese scheinbar auseinanderdriftenden sozialen Lagen junger Menschen als Ausdrucksformen einer gemeinsamen sozialen Verände-



Dennis Eversberg

(* 1978) ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am DFG-Forschungskolleg »Postwachstums-gesellschaften« an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

dennis.eversberg@uni-jena.de

rungsdimension verstehen. Sie wurzelt in dem Zwang zur stetigen Ausweitung und Beschleunigung gesellschaftlicher Produktivität, dem jede kapitalistische Gesellschaft